



<b>STELLUNGNAHME zum Antrag</b>	Vorlage Nr.:	<b>2020/0458</b>
DIE LINKE.-Gemeinderatsfraktion	Verantwortlich:	<b>Dez. 4</b>
<b>Einforderung eines Notfall-Schutzschirms für Kommunen</b>		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
<b>Gemeinderat</b>	<b>30.06.2020</b>	<b>28</b>	<b>x</b>	

**Kurzfassung**

Der Gemeinderat nimmt die konkreten Bemühungen der Stadtverwaltung zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen	Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>				
Haushaltsmittel sind dauerhaft im Budget vorhanden Ja <input type="checkbox"/>				
Nein <input type="checkbox"/> Die Finanzierung wird auf Dauer wie folgt sichergestellt und ist in den ergänzenden Erläuterungen auszuführen: <input type="checkbox"/> Durch Wegfall bestehender Aufgaben (Aufgabenkritik) <input type="checkbox"/> Umschichtungen innerhalb des Dezernates <input type="checkbox"/> Der Gemeinderat beschließt die Maßnahme im gesamtstädtischen Interesse und stimmt einer Etatisierung in den Folgejahren zu				
IQ-relevant		Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	Korridor Thema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		Nein <input checked="" type="checkbox"/>	Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Die Verwaltung hat im Hauptausschuss am 19. Mai 2020 ausführlich über die voraussichtliche wirtschaftliche Entwicklung des Haushaltes der Stadt Karlsruhe informiert. Hieraus wurde ersichtlich und im Fazit auch festgehalten, dass ohne einen staatlichen Rettungsschirm die kommunalen Aufgaben nicht nur nicht aufrechterhalten werden können, sondern in letzter Konsequenz auf mehrerer Jahre deutlich reduziert werden müssen. Daher setzen sich schon seit geraumer Zeit alle Entscheidende in der Stadtverwaltung, angefangen vom Oberbürgermeister, über die Finanzdezernentin und den weiteren Bürgermeistern, aber auch die Amtsleitungen und Geschäftsführungen der städtischen Beteiligungsgesellschaften in ihren jeweiligen Gremien dafür ein, die kommunale Ebene bei der Finanzverteilung nicht außen vor zu lassen.

Mit den beiden 100-Millionen-Soforthilfe-Tranchen des Landes Baden-Württemberg, wovon die Stadt Karlsruhe insgesamt 6,4 Mio. Euro erhalten hat, ist ein erster Schritt in Richtung der Kompensation gegangen worden. Die kommunalen Landesverbände haben bereits bei der Landesregierung Baden-Württemberg hinterlegt, dass diese Kompensation zwar ein wichtiger Baustein für die Aufrechterhaltung der Liquidität in den Kommunen vor Ort ist bzw. war, aber darüber hinaus weitere Hilfen benötigt werden.

Die Verwaltung ist darüber hinaus mit dem Regierungspräsidium Karlsruhe als ihre Aufsichtsbehörde im Gespräch über mögliche kommunalrechtliche Auswirkungen der aktuellen wirtschaftlichen Entwicklung.